

F u ß n o t e n z u r M ü n d i g k e i t

WER WIR SIND...

Die Basisgruppe Politikwissenschaft ist eine fraktionslose Gruppe von StudentInnen der Politikwissenschaft mit linkem und basisdemokratischem Grundverständnis. Bei uns gibt es keine FunktionärInnen, Statuten oder Hierarchien (auch sind wir, im Gegensatz zu den Fraktionen wie AG, VSSÖ, GRAS und KSV an keine Mutterpartei gebunden), sondern aus kritischer Auseinandersetzung und inhaltlichen Diskussionen entstehende Entscheidungsfindungen. Wir haben in den letzten Jahren den Studententrott mit inhaltlichen Diskussionen kritisiert und wollen das auch in Zukunft tun (so ihr uns denn wählt).

WAS WIR SO MACHEN...

Derzeit stellt die Basisgruppe 4 von 5 MandatarInnen der Studierendenvertretung der Politikwissenschaft und ist aufgrund dieses Mehrheitsverhältnisses für die Arbeit der Studienvertretung der letzten zwei Jahre verantwortlich. Zu unseren Tätigkeiten als Studienvertretung gehören die Beratung von Studierenden am Studienbeginn sowie während des Semesters, die Erstellung des Studienleitfadens und die Mitarbeit in diversen Gremien, darunter die Fakultäts- und Studienkonferenz, Institutskonfe-

Lehrveranstaltungen ausgeweitet und qualitativ verbessert werden und Lehrveranstaltungen sollen auch zu Randzeiten und geblockt angeboten werden, damit berufstätige Studierende und Studierende mit Betreuungspflichten Beruf, Familie und Studium besser vereinbaren können.

Auch das Anmeldesystem macht uns Studierenden nach wie vor von Semester zu Semester das Studieren schwer. So muss zwar insbesondere auf eine Ausweitung des Lehrangebots und eine Erhöhung des Lehrbudgets gedrängt werden, denn wenn es nicht genügend LVs gibt, dann kann kein Anmeldesystem gerecht sein. Ein Anmeldesystem kann aber ohnehin niemals Gerechtigkeit schaffen, sondern ist immer eine Hürde, die Ungerechtigkeiten erzeugt oder verwaltet. Eine notwendige technische Verbesserung wäre ein Verteilungsmechanismus der allen, die sich für eine Art der LV anmelden, zuerst einen Platz gibt, bevor irgendwer einen zweiten Platz, z.B. in einem Grundkurs bekommt, sodass nicht manche Studis viele Plätze und andere gar keinen haben. Auch setzen wir uns stark für eine Abmelde-möglichkeit von Lehrveranstaltungen nach der Anmeldefrist ein, damit Plätze zur Anmeldung in der Nachfrist frei werden können, wenn sich Studierende, die in zu viele LVs aufgenom-

ÖH-Wahl 22.-24.05. Es kandidieren:
Judith Götz ★ Dorothea Born ★ Isabella Bravo ★ Benjamin Dullnig ★ Peter Schörg

renzen und Arbeitsgruppen, um die Interessen der Studierenden zu vertreten. Auch die regelmäßige Information der Studierenden über universitätspolitische und studienrichtungsspezifische Entwicklungen gehört zu unseren Aufgaben. Zu diesem Zweck geben wir regelmäßig Zeitungen („Herrschaftszeiten“) und Informationsblätter heraus und veranstalten Informations- und HörerInnenversammlungen am Institut.

Die Studienvertretung vertritt die Interessen der Studierenden insbesondere gegenüber den EntscheidungsträgerInnen an der eigenen Studienrichtung, also gegenüber dem Studienprogrammleiter und den LeiterInnen der Institute für Politikwissenschaft und Staatswissenschaft. So gibt es regelmäßige Gespräche und Verhandlungen, insbesondere zwischen dem Studienprogrammleiter und der Studienvertretung, in denen es um Defizite beim Lehrangebot, Probleme mit dem Anmeldesystem, Schwierigkeiten mit Lehrenden etc. geht. Das Gremium, das dem Studienprogrammleiter seit der Abschaffung demokratischer Strukturen nur mehr beratend zur Seite steht, ist die Studienkonferenz. Dort sind die Hälfte der Mitglieder Studierende, ein Viertel ProfessorInnen und ein Viertel sonstige wissenschaftliche MitarbeiterInnen. Obwohl die Studienkonferenz keine eigene Beschlussfassungskompetenz hat, ist es uns in zahlreichen Gesprächen und durch Überzeugungsarbeit immer wieder an entscheidenden Stellen gelungen, den Studienalltag zu verbessern. So haben wir uns zu Semesterbeginn, als Engpässe im Lehrangebot sichtbar wurden, für eine Aufstockung der Lehrveranstaltungen insbesondere in den Bereichen der Grundkurse und der Methodenlehre eingesetzt, die wir zum Teil erreicht haben. Nach wie vor versuchen wir eine Aufstockung des Angebots an Vorlesungen im Bereich der Wahlfächer (D) und in den Spezialisierungsmodulen des zweiten Abschnittes (G) zu erreichen. Außerdem muss das Angebot an fremdsprachigen

men wurden, wieder von manchen LVs abmelden könnten. Dies wurde jedoch bisher immer mit dem Argument abgewehrt, für die Weiterentwicklung des Anmeldesystems stehe kein Geld zur Verfügung.

Ein weiterer wichtiger Veränderungsprozess an der Studienrichtung bedarf unserer ständigen Aufmerksamkeit und eines intensiven Engagements: Die Umstellung des Studiums auf die Bachelor- und Masterstruktur. Hier versuchen wir auf die Studienplanentwicklung so weit Einfluss zu nehmen, dass die neuen Studienpläne inhaltlich interessant und studierbar werden, dass sie also frei von Selektionsmechanismen bleiben, dass sie nicht verschult sind, dass genügend Wahlfreiheiten und Möglichkeiten zur individuellen Gestaltung und Spezialisierung vorhanden sind und dass das abverlangte Arbeitsmaß angemessen ist. Bei der Diskussion über die Einführung des BA und des MA im Politikwissenschaftsstudium hatten wir bereits gegen zahlreiche obskure, elitäre und studierendenfeindliche Auswüchse anzukämpfen: Angefangen bei der völligen Abschaffung freier Wahlfächer, über die Idee, man solle nur Studierende, die exzellente Noten vorzuweisen haben, in Masterprogramme aufnehmen oder Studierende, die schnell studieren und gute Noten haben, bevorzugt zu Lehrveranstaltungen aufnehmen. All das konnten wir bisher durch zahlreiche Interventionen verhindern.

Schließlich gehört es auch zu unserer Arbeit, den Lehrenden auf die Finger zu schauen und bei studienrechtlichen Problemen zwischen Studierenden und Lehrenden zu vermitteln. So haben wir in den vergangenen 2 Jahren immer wieder die Einhaltung studienrechtlicher Bestimmungen durch Lehrende eingefordert. Das können wir aber auch weiterhin nur dann tun, wenn ihr uns Probleme mit Lehrenden mitteilt, bei deren Lösung wir euch behilflich sein können. Einfach ein Mail schicken, oder am Plenum bzw. zu den Beratungszeiten vorbeischaun!



EIN TROPFEN AUF DEN HEISSEN STEIN?

Insbesondere im Vergleich zu anderen Studienrichtungen ist die Politikwissenschaft schlecht mit Budget für Lehrveranstaltungen und mit Personal ausgestattet. Seit Jahren weisen wir ständig gegenüber dem Rektorat, das den Studienrichtungen das Lehrbudget zur Verfügung stellt, auf die miserable finanzielle Situation der Politikwissenschaft hin, bei der sich das gesamte Lehrangebot als ein einziger Engpass darstellt. Es gibt zu wenige Techniken, meist zu wenige Grundkurse und Vorlesungen im Wahlfachbereich des ersten Abschnittes. Wichtige Pflichtvorlesungen werden zum Teil nur jedes 2. Semester angeboten und das ohne Vorwarnung (z.B. wurde dieses Semester keine VO in C3, „Politische Systeme im Vergleich“ angeboten und auch „Politik und Ökonomie“ gibt es nicht mehr jedes Semester). Im zweiten Abschnitt fehlen Methodenkurzkurse und Langkurse, vor allem solche, die in einem Semester absolviert werden können. Oft gibt es in den Spezialisierungsmodulen keine Vorlesung im Lehrangebot, obwohl in jedem Modul eine VO zu absolvieren ist und in eines der notwendigen Seminare hineinzukommen ist mehr Glücksspiel als Kunststück. Die zusätzlichen Geldmittel, die in den vergangenen Semestern aufgestellt wurden, sind dabei bloß ein Tropfen auf den heißen Stein: Für das WS 06 gab es einen einmaligen Zusatzbetrag für ein paar Seminare im 2. Abschnitt und zum ersten und bisher einzigen Mal genügend Grundkurse. Im diesem Semester wurden, nachdem die enormen Engpässe durch die Anmeldezahlen sichtbar wurden, ganze 6 Lehrveranstaltungen zusätzlich genehmigt. Immerhin haben dadurch 180 Studierende doch noch einen Platz in einem Grundkurs oder einem Methodenkurs bekommen, aber auch das waren noch 600 (!) Plätze zu wenig. Die Linie des Rektorates ist aber ganz klar: Klassenuniversität statt Massenuniversität – und dagegen gilt es weiterhin anzukämpfen.

Unsere Erfolge der letzten beiden Jahre:

- ★ Motivationsschreiben als zusätzliches Kriterium zur Online-Anmeldung für die Aufnahme in LVs abgeschafft
- ★ Abgabefristen für PS- und SE-Arbeiten verlängert
- ★ Wahlfreiheit im Bereich der freien Wahlfächer erhalten (keine Beschränkung auf bestimmte Module und Vorabgenehmigungen wie bei anderen Studienrichtungen)
- ★ Keine unvorangekündigten Zwischentests oder Prüfungen in Grundkursen und Proseminaren mehr
- ★ Möglichkeit der An- und Abmeldung zu Prüfungen bis um 00:00 des Prüfungstages und keine Teilnahmebeschränkungen zu Prüfungsterminen
- ★ Intensivberatung für die Studienberechtigungsprüfung + einen Weg gefunden, wie die Vorbildung gratis absolviert werden kann. Weitere Infos unter: www.bagrupowi.at -> Studiennews
- ★ Keine Abschlussprüfung für das Masterstudium Politikwissenschaft

Was wir bisher verhindern konnten:

- ★ Die Implementierung eines Anmeldesystems, das Studierende mit guten Noten und schnell Studierende bevorzugt in LVs aufnimmt
- ★ Negative Beurteilung wenn man eine prüfungsimmanente Lehrveranstaltung, für die man sich angemeldet hat, nicht abschließt
- ★ Die geplante Abschaffung des Diplomstudiums Politikwis-

senschaft mit der Umstellung auf den BA (und die Einführung eines Einheits-BA Sozialwissenschaften)

- ★ Knock-out-Prüfungen am Beginn des zukünftigen BA-Studiums Politikwissenschaft
- ★ Aufnahmetests und andere Aufnahmebeschränkungen für das zukünftige MA-Studium Politikwissenschaft
- ★ Abhaltung von Veranstaltungen durch rechtsextreme Gruppen (z.B. schlagende Burschenschaften) in Räumlichkeiten des NIG

Wofür und wogegen wir uns weiterhin einsetzen:

Nach dem Obigen sollte klar sein, wofür wir uns eingesetzt haben und wogegen wir auch weiterhin sein werden. Vollmundige Versprechungen darüber, was man nach der Wahl nicht

alles vorhabe, halten wir für unseriös – und die Studierenden der Politikwissenschaft für nicht so naiv, zu glauben, mit diesen Versprechungen sei schon alles getan. Die Probleme im Studium liegen für die Studierenden offen zu Tage, die Frage ist nur, ob das das Budget verwaltende Rektorat diese Zustände auch als Probleme sieht, oder als praktischen Weg, den „Andrang auf Massenstudien“ durch solche Schikanen zu „regulieren“. Gegen dieses Problem helfen allerdings keine Wahlkampfversprechungen

kandidierender Gruppierungen, sondern bestenfalls politisches Engagement und Protest in und außerhalb aller universitären Ebenen.

SERVICE UND WAS NOCH?

Die Basisgruppe beschränkt sich nicht ausschließlich auf Beratung und Interessensvertretung, sondern befasst sich darüber hinaus mit gesellschaftspolitisch relevanten und aktuellen Themen, etwa im Rahmen von Veranstaltungen, Diskussionsrunden und inhaltlichen Seminaren. Hierbei bieten wir Einführungen zu Themengebieten wie Gesellschafts- und Wertkritik oder Geschlechterverhältnis für interessierte StudentInnen an. Das Organisieren von Seminaren für Studierende ist uns ein besonderes Anliegen. Abgehalten wurden bisher Seminare zu den Grundlagen der Gesellschaftskritik, Faschismustheorien, Mythen linker Gesellschaftstheorien, Antisemitismus, Psychoanalyse als „politische Psychologie“ und „Erziehung zur Mündigkeit“. Einige Seminarbeiträge stehen auf unserer Homepage zur Verfügung. Weiters organisieren wir Vorträge und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Themen, z.B. über den Irak-Krieg, das iranische Atomwaffenprogramm, Islamismus und Antisemitismus, den autoritären Charakter, das Geschlechterverhältnis, Europäische Integration, Kulturindustrie etc. Anlässlich des 150. Geburtstages Sigmund Freuds im Oktober 2006 haben wir eine internationale Konferenz mitorganisiert, auf der – im Gegensatz zur touristischen Vermarktung der Freudstadt – die Aktualität der Psychoanalyse für eine Gesellschaftskritik heute im Zentrum stand.

Wichtige politische Veranstaltungen, die wir heuer zum fünften Mal auf die Beine stellen, sind die Gedenkkundgebung an das Novemberpogrom vor der zerstörten Synagoge in der Zirkusgasse am 9. November und das Befreiungsfest am 8. Mai beim Denkmal der Roten Armee am Schwarzenbergplatz, auf dem wir jedes Jahr die Niederlage des Nationalsozialismus feiern und zahlreiche ZeitzeugInnen einladen. Da wir als Studierendenvertretung auch ein Budget zu verwalten haben, ist es uns ein Anliegen, emanzipatorische Projekte, Medien und Organisationen zu unterstützen.



Zur Routine der angenehmeren Art gehört auch das Bagru-Fest, auf dem sich heuer Egotronic und drama & stern großer Beliebtheit erfreuten. Ebenso versuchen wir uns gegen das Abhalten von Veranstaltungen rechtsextremer Gruppierungen wie etwa schlagender Burschenschaften an der Universität einzusetzen. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Siegfriedskopf (trotz des Versuchs des Rektorats, die „Kontroverse“ künstlerisch zu dekonstruieren) und der Versuch Veranstaltungen von fundamentalistischen AbtreibungsgegnerInnen zu verhindern, waren in den vergangenen Monaten auch Teil unseres Engagements.

Über Mangel an Arbeit können wir uns also nicht beklagen und freuen uns deswegen über jede Hilfe. So sind alle, bei denen dieser Text Neugier und Interesse geweckt oder Fragen aufgeworfen hat, ernsthaft und herzlich eingeladen, bei unserem Plenum vorbeizuschauen, das jeden Montag ab 19 Uhr 30 im KOZ (NIG, 2.Stock, Zi. 221) stattfindet.

Hört auf zu studieren... Vom Dilemma der Bildungspolitik

Bildungspolitik heute heißt offiziell: dafür Sorge zu tragen, dass dem nationalen Standort genügend Eliten entspringen, die ihrerseits wiederum dafür sorgen, dass der Standort selbst in Zukunft attraktiv bleibt. Studierende sind diesem nation-

len Konsens mehr oder weniger ausgeliefert oder treiben diesen in gar nicht so wenigen Fällen voran. Allerdings korreliert die neue Anforderung an die Bildung, vor allem an die höhere Bildung, mit dem Umstand, dass Universitäten (als Orte der Wissensproduktion) per se eine Autonomie einfordern. Das ist ein Verdienst der bürgerlichen Aufklärung, gekoppelt mit der Erkenntnis, dass die so genannte freie Wissenschaft immer noch die besseren Ergebnisse zu erzielen wusste als eine abhängige. So entstand das Bild einer autonomen Universität.

Autonomie und New Economy

Natürlich haben sich die Anforderungen beträchtlich verändert: eine Reihe von Fachhochschulen sorgt in Österreich dafür, dass gezieltes Technologie- und Produktionswissen vor allem an den Mann gebracht wird. Aber nicht nur für technische Berufe hat sich einiges geändert, auch in geistes- und sozialwissenschaftlichen Studien wird rationalisiert, d.h. alles, was nicht ökonomisch verwertbar ist, wird zurückgedrängt. Deutlich wird dies bei der Einführung des BA auf Universitätsebene, um für gesellschaftliche Sparten (Verwaltung, Marktforschung, etc.), die sozialwissenschaftliches Wissen und Techniken benötigen, das Personal bereitzustellen. Dabei wird alle darüber hinausgehende Kritik und selbständiges Denken aus den zunehmend verschulden Studienplänen gestrichen.

Diese FacharbeiterInnen der New Economy sind eine notwendige Ergänzung der Elite von morgen, die wissenschaftlich-technischen Fußtruppen; sie sind aber nicht deren Essenz, denn weitergehende Forschung und Wissenschaft werden weiter hauptsächlich auf der Universität betrieben, wobei der Zugang zu weiterführenden Studienprogrammen (Master, Doktorat) beschränkt werden könnte und die einzelnen Studierenden in Konkurrenz zuein-



ander gesetzt werden. Diese angeblichen Sachzwänge wirken sich auch auf die innere Struktur der Universitäten aus. So sind in den letzten Jahren auch – nur scheinbar paradox – Tendenzen der „Refeudalisierung“ der Verhältnisse an der Uni zu beobachten. Die Stellung der Professoren (und der wenigen –innen) wird gestärkt, mit viel Brimborium ist ständig von „Mentoren“ die Rede. „Wer ist denn Ihr Mentor?“ wird zur Schlüsselfrage für angehende WissenschaftlerInnen, ähnlich der nach der Familie in Adelskreisen. Was jenseits des Wortgeklingels schlicht und einfach übrig bleibt ist, dass Studierende noch stärker an die etablierte Wissenschaft und die diese betreibenden Personen gebunden werden, eine Tendenz, die schon – obwohl selber Ordinarius – Max Horkheimer kritisierte, als er meinte „Dissertationen“ zeichneten sich dadurch aus, dass durch diese „der Adept beweist, dass sein Denken, Fühlen und Sprechen unwiderruflich die Formen des akademischen Rackets“, einer Bande also „angenommen hat“. Das hat zur Folge, dass Studierende diese Zwänge internalisieren (müssen). Reflexion und Kritik von Gesellschaft als Ganzem werden so verunmöglicht.

Die Ansätze von Demokratisierung, die durch die Universitätsreform in den 70er Jahren durchgesetzt worden waren, wurden schon in den letzten zwölf Jahren Stück für Stück demonstriert, denn die ersten Schritte zur Ökonomisierung des Studi-

Wir empfehlen: Auf Universitätsebene GRAS oder KSV LiLi wählen!

ums wurden schon Mitte der 90er unter der (alten) großen Koalition mit dem Sparpaket vollzogen: In Form von Kürzungen sozialer Leistungen, die manchen das Studium erst ermöglicht hatten. Zusätzlich wurden demokratische Institutionen wie die verpflichtende, jährliche Institutsversammlung abgeschafft.

... fangt an zu begreifen!

Der von der ÖVP/FPÖ bzw. BZÖ betriebene bildungs- und unipolitische Wahnsinn, also die Einführung von Studiengebühren, die Abschaffung demokratischer Strukturen an der Uni (stattdessen: schlagende Burschenschafter im Unirat) und der Versuch, die ÖH gewaltsam durch die Abschaffung der Direktwahl von zwei ÖH-Ebenen schwarz zu färben, wurde von der neuen großen Koalition – und zwar unter SPÖ-Führung, auch wenn ihre studentische Jugend das gerne leugnet – jedoch keineswegs abgeschafft. Stattdessen wurde die Forderung nach Abschaffung der Studiengebühren flugs in eine nach einem „Sozialdienst“ umgewandelt, die dann noch dreist als Abschaffung der Gebühren verkauft wurde. Diese Maßnahme, die einen Zwang mit vielen Phrasen von Gemeinschaft und sozialer Wärme schönredet, gesellt sich zu dem oben schon erwähnten Phänomen, dass Zwänge als Chance begriffen und so internalisiert werden sollen.

Gegen diese Aussichten den Staat und eine andere Bildungspolitik im Sinne einer kritischen Gesellschaftswissenschaft ins Treffen führen zu wollen, ist aber illusorisch, da es die Aufgabe des staatlich organisierten Bildungswesens – die Produktion von Fachkräften für den Arbeitsmarkt – ignoriert. Eine vernünftige Forderung an Bildung kann nur sein, für jeden Menschen einen Einblick in eben diese Mechanismen zu gewähren und sie über ihre Funktion aufzuklären, in der Hoffnung, dass diese Kritik praktisch werde.



Zur Notwendigkeit feministischer Politikwissenschaft

Keine Kritik der Politik ohne Kritik der Geschlechterverhältnisse!

Die oftmals interdisziplinär ausgerichtete feministische sowie Gender-Forschung stellt eine der dynamischsten Forschungsrichtungen dar, die in den letzten Jahren sowohl im universitären Bereich als auch gesellschaftlich Fuß gefasst haben. Durch die langzeitigen Bemühungen des Referats für Geschlechterforschung kann "Gender Studies" seit dem Wintersemester 2006/07 nicht mehr ausschließlich als Studienschwerpunkt, sondern auch als eigenständiges inter- und transdisziplinäres Masterstudium studiert werden.

So ist es auch Aufgabe der Politikwissenschaft, verstanden als eine Wissenschaft, welche die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht nur beschreibt, sondern auch angemessen erklärt und kritisiert, die herrschenden Geschlechterverhältnisse in Frage zu stellen. Indem die feministische Politikwissenschaft die Kategorie Geschlecht (verstanden als sozial und historisch konstruiert) ins Zentrum ihrer Forschung stellt, überwindet sie die auffallende Ignoranz, die in Bezug auf das Geschlechterverhältnis in der herkömmlichen (und auch in der kritischen) Politikwissenschaft zu finden ist. Gleichzeitig dient Geschlecht als Analysekonzept in Form eines theoretischen und methodischen Werkzeugs dazu, die herrschende Geschlechterungleichheit zu kritisieren und die Geschlechtsblindheit zentraler politikwissenschaftlicher Kategorien und analytischer Konzepte – z.B. Politik, Macht, Herrschaft und Staat – nachzuweisen.

Gegen den Malestream!

Mittlerweile kann die Malestream-Politikwissenschaft die Erkenntnisse und Kritik feministischer Geschlechterforschung nicht mehr gänzlich ignorieren. Trotz immer noch vorherrschender Widerstände seitens der etablierten Politikwissenschaft und den universitären Strukturen, hat sich im letzten Jahrzehnt die Situation verbessert. Dies zeigte sich partiell auch am Wiener Institut für Politikwissenschaft. Sowohl auf personeller als auch auf inhaltlicher Ebene hat der Stellenwert feministischer Politikwissenschaft zugenommen. Sichtbar wird das beispielsweise am kontinuierlich ansteigenden Frauenanteil am Lehrpersonal und der Zunahme an Lehrveranstaltungen, die sich mit Geschlechterverhältnissen auseinandersetzen. Nicht zuletzt durch die Initiative der Studienvertretung in Studien-, Lehrauftrags- und Habilitations-Kommissionen ist es gelungen, kritische Wissenschaftlerinnen zu unterstützen und somit feministische Lehrinhalte als wesentlichen Bestandteil des Studiums zu etablieren. Bereits im aktuellen Studienplan ergab sich zusätzlich die Möglichkeit, Frauen- und Geschlechterforschung verstärkt zu verankern und auch zu institutionalisieren, sowie Gender Studies als Modul zu wählen. Auch die Studienpläne des BA- und MA-Studiums sehen Vertiefungsmöglichkeiten im Bereich der Geschlechterforschung vor.

Linke Emanzen?!

Trotz dieser Entwicklungen und individueller Verbesserungen stellt auch die Universität nach wie vor einen Bereich dar, an dem sich antifeministische Tendenzen abzeichnen. So werden Frauen-, feministische sowie Gender-Forschung sowohl auf Seite der Lehrenden als auch der Studierenden immer wieder als un- oder pseudowissenschaftlich abgetan und zur verabscheuten Ideologie so genannter „Emanzen“ erklärt. Bei der, meist von

Männern formulierten, kategorischen Ablehnung der Analyse von Geschlechterverhältnissen und der damit verbundenen Kritik handelt es sich natürlich nicht um eine kritische Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Denkschulen feministischer Wissenschaft. Vielmehr scheint das Widerstreben, sich mit der gesellschaftlich verankerten Geschlechterungleichheit wissenschaftlich auseinanderzusetzen, aus der Fortsetzung von patriarchalem Denken und männlich dominierten Strukturen zu resultieren, welche es notwendiger Weise auch zu kritisieren gilt. Leider lässt sich in den letzten Jahren an unserem Institut auch ein antifeministischer Backlash feststellen, der in Zeiten verschwimmender Geschlechterrollen vermutlich dadurch erklärbar ist, dass sich Männer in ihrer vermeintlichen männlichen Geschlechterrolle angegriffen fühlen.

Männerdomäne Uni?

Auch auf gesamtuniversitärer Ebene lässt sich tendenziell zeigen, dass der Frauenanteil steigt, je niedriger die universitäre Ebene ist. So sind zwar laut den aktuellsten Statistiken (2005) weit über 50% der Studierenden sowie auch der Erstsemestrigen und der Absolventinnen (54,4% im Studienjahr 2003/04) Frauen, der Anteil an Frauen bei den Doktoratsabschlüssen (40,4% im Studienjahr 2003/04), beim wissenschaftlichen und künstlerischen Personal insgesamt (26,7%) sowie bei den ProfessorInnen (13,7%) ist jedoch nach wie vor gering. Auch in der außeruniversitären Forschung sind nur 8% der Führungskräfte weiblich und somit stellt Österreich trotz diverser Frauenförderungspläne gemeinsam mit Deutschland in allen Forschungssektoren in Hinblick auf den Frauenanteil das EU-Schlusslicht dar. Dass diese Entwicklungen nicht zuletzt auf das „neue“ Universitätsgesetz

zurückzuführen sind, zeigt sich unter anderem daran, dass durch die hierarchischen Umstrukturierungen in erster Linie die männlich dominierte Universitätsspitze das Sagen hat. Die Autonomie der Universität droht daher zunehmend in die traditionelle Heteronomie für Frauen umzuschlagen. Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang auch die bundespolitischen Tendenzen der letzten Jahre, die, unter „schwarz-blau“ eine reaktionäre Geschlechterpolitik à la Kindergeld, Abschaffung des Frauenministeriums etc. zu verantworten haben. Ob sich in Frauenbelangen unter der rot-schwarzen Koalition viel ändern wird, bleibt angesichts der bisher an den Tag gelegten Vorschläge und der Nichteinhaltungen von

vor der Wahl seitens der SPÖ getätigten Versprechungen (z.B. in Zusammenhang mit den Studiengebühren) weiterhin fraglich. Die kürzlich von den Grünen gestellte dringliche Anfrage zum Thema "Frauenpolitische Maßnahmen: Wo bleiben sie?" fand im Parlament immerhin keine Mehrheit. So ist es auch weiterhin Aufgabe feministischer WissenschaftlerInnen, sich mit aktuellen, unzumutbaren Entwicklungen in punkto Geschlechterverhältnis, wie sie beispielsweise in der österreichischen Politik an der Tagesordnung stehen, auseinander zu setzen und eine radikale Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu formulieren.



Kontakt: Tel.: 4277/47709

Web: www.bagrupowi.at * Mail to: bagru.powi@gmx.at

Impressum: HerausgeberIn, MedieninhaberIn: Basisgruppe Politikwissenschaft, NIG, Universitätsstr. 7, 2. Stock, Zi.221